

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Norbert Dünkel

Abg. Anna Schwamberger

Abg. Tobias Gotthardt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Margit Wild

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

### **Behandlung**

**der Antwort der Staatsregierung gem. § 180 Abs. 5 BayLTGeschO zum Abschlussbericht der Staatsregierung (IV.9-BS4363.0/71/5) zur Petition betreffend "Prävention für psychische Gesundheit in der Schule" (BI.0018.18)**

Die FDP-Fraktion hat gemäß § 180 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung fristgerecht beantragt, die Antwort der Staatsregierung auf die Erinnerung des Kollegen Matthias Fischbach, dass der Abschlussbericht der Staatsregierung zur Eingabe betreffend "Prävention für psychische Gesundheit in der Schule" unvollständig sei und einzelne Teile noch nicht erledigt seien, auf die Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung zu setzen.

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

(Unruhe)

Wenn im Plenum etwas mehr Ruhe einkehrt, erteile ich dem Kollegen – –

(Anhaltende Unruhe)

Bitte etwas mehr Ruhe! – Der Kollege Fischbach hat das Wort.

**Matthias Fischbach (FDP):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir finden uns gerade zu einer besonderen Debatte zusammen – besonders nicht nur deshalb, weil es zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landtags dazu kommt, dass wir noch einmal über die Umsetzung einer Petition diskutieren müssen, sondern vor allen Dingen deshalb besonders, weil es um ein Thema geht, das leider noch an vielen Orten – auch an vielen Schulen – ein Tabuthema ist. Es ist ein Thema, das vor drei Jahren dennoch von einer engagierten Schülergruppe mit dem Film "Grau ist keine

Farbe" aus der Tabuzone herausgeholt worden ist. Nicht zuletzt ist es mit einer Petition mit rund 50.000 Unterstützungsunterschriften in den Landtag eingebracht worden und stieß dort auch auf breite politische Zustimmung – so schien es zumindest.

Nicht zuletzt ist es inzwischen auch ein Thema, das durch die Lasten, die vielen zusätzlichen Herausforderungen und die Unsicherheiten der Corona-Pandemie an vielen Schulen besonders drängend geworden ist: die psychische Gesundheit.

Wir, die FDP-Fraktion, setzen dieses Thema heute auf die Tagesordnung, weil es hier in der Vollversammlung beraten werden soll, weil es eine Beschlussumsetzung gab, die an vielen Stellen unzureichend ist, und weil es dieses Thema wert ist, weil es die Betroffenen wert sind, dass hier noch einmal beraten wird.

Es geht um Sabine, in deren Familie es oft Streit, teilweise sogar körperliche Auseinandersetzungen gibt. Es geht um Christian, der Angst hat, seine Homosexualität zu offenbaren und mit Drogenproblemen kämpft. Es geht um Anna, die nicht weiß, wie sie dem hohen Leistungsdruck und all den Erwartungen gerecht werden soll.

Das sind drei Protagonisten aus diesem Schülerfilm "Grau ist keine Farbe". Sie alle kämpfen mit Depressionen. Sie stehen repräsentativ für Hunderttausende von Schülerinnen und Schülern mit psychischen Problemen.

Wir haben im Bildungsausschuss deshalb das Votum "Würdigung" für diese Petition beschlossen. Wir, die FDP-Fraktion, bestehen darauf auch nachdrücklich.

(Beifall bei der FDP)

Herr Piazzolo, wir hätten da deutlich mehr erwartet; handeln Sie endlich!

(Beifall bei der FDP)

Die Petenten haben einen klaren Forderungskatalog mit wissenschaftlicher Unterstützung erarbeitet: Verbindliche Aufklärungsveranstaltungen, mehr und besser ausgebildetes Personal und niedrigschwelligere Hilfsangebote – das sind nur drei von sieben

Punkten. Das Kultusministerium hat darauf sinngemäß geantwortet: Danke für diese sieben Forderungen, wir werden aber zehn andere bearbeiten. – Doch dieses Vorgehen greift zu kurz.

Auch auf die Monierung hin, die ich zum 10-Punkte-Plan von Herrn Piazzolo eingebracht habe, wurde zu wenig geliefert. Aus meiner Sicht muss man sagen: Wenn man sich diese Stellungnahmen anschaut, stellt man fest, dass sie leider auch ein bisschen vor Selbstgerechtigkeit triefen. Das wird dem Bedarf leider nicht gerecht.

Ja, man muss schon sagen: Es tut sich was – ein wenig. Angesichts der klaren Forderungen und auch des starken Votums ist das aber zu wenig und angesichts des doch großen zusätzlichen Bedarfs und der Herausforderungen durch die Pandemie in der Bilanz dürftig.

Wenn Schüler 2019 mehr Schulpsychologen und Sozialarbeiter fordern, dann reicht es nicht, nur auf ein Programm von 2018 zu verweisen. Der Mangel der letzten Jahre ist ja eher noch größer geworden. Heute hatte ich erst wieder einen Fall, wo mir ein Arzt berichtet hat, dass ein Termin bei Schulpsychologen erst, weil eben nicht so viel Zeit zur Verfügung steht, im Oktober ansteht. Die Anrechnungsstunden sind viel zu wenig. Wir brauchen auch besser ausgebildetes Personal; das haben die Schüler auch gefordert. Es reicht da nicht, nur auf die Wissenschaftsfreiheit zu verweisen. Herr Kultusminister, wir haben auch eine LPO, wo wir klare Vorgaben machen können. Wenn die Schüler niedrigschwellige Hilfsangebote fordern, dann reicht es auch nicht, auf das BayPsychKHG und eine Telefonnummer zu verweisen. Wir alle wissen: Das Gesundheitssystem ist überlastet, und man muss leider lange auf einen Therapieplatz warten.

Wir Freie Demokraten fordern daher mit mehr Nachdruck wirklich niedrigschwellige Hilfsangebote, zum Beispiel über heute gebräuchliche Messengerdienste. Welches Kind will denn am Telefon zu Hause seine Probleme schildern, wenn vielleicht noch jemand mithören kann? – Da wäre so etwas in niedrigschwelliger Form viel besser.

Generell wäre es an der Zeit, digitale Beratungsangebote gemeinsam zu vernetzen, mehr Personalbudget und auch mehr Sensibilisierungsangebote – –

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Matthias Fischbach (FDP):** Herr Präsident, ich komme natürlich zum Schluss: Die Schulzeit prägt das gesamte restliche Leben. Wir sollten deshalb gerade hier Belastungsfähigkeit und Resilienz stärken. Deshalb haben wir als FDP-Fraktion auch alle Register gezogen und diese Debatte hier ins Plenum geholt.

(Beifall bei der FDP – Unruhe)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich nachvollziehbar, dass die Neigung zum Zwiegespräch mit zunehmender Dauer der Sitzung zunimmt. Ich glaube, es haben aber alle Redner verdient, dass wir hier eine Geräuschkulisse haben, die noch Aufmerksamkeit für den einzelnen Redebeitrag ermöglicht. Herzlichen Dank dafür. – Als Nächster hat der Kollege Norbert Dünkel für die CSU-Fraktion das Wort.

**Norbert Dünkel (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Matthias Fischbach hat gesagt, er ziehe heute alle Register, weil es ein besonderes Thema ist. – Ich würde das gerne ein bisschen differenzieren.

Es ist ein ganz besonderes Thema. Es ist ein Thema, für das der ganze Landtag in der Verantwortung steht. Es geht um Schülerinnen und Schüler mit ganz besonderem Förderbedarf. Ich glaube, wir können aufzeigen, dass sehr vieles auf den Weg gebracht und getan worden ist. Hier schaue ich auch zum Kultusminister, weil ich glaube, dass er zu Unrecht angegriffen worden ist. Lieber Matthias Fischbach, wer die Unterlagen bekommen hat, so wie wir alle, insbesondere auch die Mitglieder des Bildungsausschusses des Bayerischen Landtags, kann in der Stellungnahme nachlesen, was getan worden ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf zehn Seiten Stellungnahme

wird zitiert, umfassend, verständlich, argumentativ, tiefgehend und nachvollziehbar. Da frage ich mich schon, was die FDP-Fraktion genötigt hat, die Sache ins Plenum hochzuziehen. Will man da, weil es, wie vorhin ausgeführt, so viele Petenten und Unterschriften gab, noch einmal nachtarocken? Sagt man sich: Na, dann nehme ich noch ein bisschen etwas mit? – Dieser Eindruck drängt sich mir auf. Ich glaube, das ist der wahre Hintergrund der ganzen Angelegenheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Ich möchte deshalb auch darauf hinweisen, dass wir bereits mit dem ersten Zwischenbericht – und hier sollten wir aufhorchen, der war nämlich bereits am 09.07.2019 – durch das Staatsministerium Informationen über die Umsetzung der Beschlüsse in Form eines 10-Punkte-Programms zum Thema "Aufklärung über Depressionen und Angststörungen an Schulen" bekommen haben. Damit verbunden ist das Thema "Psychisch erkrankte Schülerinnen und Schüler", das wir im erziehungswissenschaftlichen Studium für alle angehenden Lehrerinnen und Lehrer verankert finden mit den Schwerpunktthemen Depressionen, Suizidalität und psychische Krankheiten. Ganz besonders ausführlich finden wir es auch in der Fächerorientierung Psychologie.

In der zweiten Phase der Lehrerbildung wird der Umgang mit Depressionen im Kindes- und Jugendalter aufgegriffen; er wird in einem schulartübergreifenden Ausbildungsmodul für Referendarinnen und Referendare vertieft. Informationsveranstaltungen der staatlichen Schulberatungen durch Schulpsychologinnen und Schulpsychologen werden an allen staatlichen Schulen angeboten. Wir haben eine alters- und entwicklungsgerechte Aufklärung in den Schulen. Wir haben fokussierte schulpsychologische Beratungsangebote. Wir haben die Vermittlung außerschulischer Ansprech- und Beratungsstellen. Mit dem 10-Punkte-Programm des Ministeriums wird die Aufklärung über Depressionen und Angststörungen an Schulen zu einem ganz besonderen Belang, und sie wird im schulischen Kontext für die betreffenden Kinder und Jugendlichen aufgegriffen, notwendige Vorgehensschritte werden konkretisiert.

Mit weiteren Berichten, und zwar vom 25.11.2019, vom 23.09.2020 und jetzt, mit dem Abschlussbericht vom 02.02.2022, wurden alle Mitglieder des Ausschusses, auch die FDP, über die Ausgestaltung der Maßnahmen des Programms zur Aufklärung über Depressionen und Angststörungen informiert. Ich glaube, wenn wir den Umfang dieser Informationen anschauen, können wir sagen, dass wir ausreichend informiert wurden.

Wir können aber auch sagen, dass dem Anliegen der Petition und der Forderung der FDP nach einer verpflichtenden Einbindung des Themas in den Lehrplan Rechnung getragen worden ist. Im Rahmen der Gesundheitsförderung kommt der Prävention von psychischen Erkrankungen eine zentrale Bedeutung zu. Als schulart- und fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel ist Gesundheitsförderung im Lehrplan PLUS in den Fachlehrplänen aller Schularten fest verankert. Auch das weiß die FDP.

Aber auch die Regierungsfractionen sind nicht untätig. Sie arbeiten an einer Weiterentwicklung und an weiteren Verbesserungen der personellen und der fachlichen Ausstattung sowie an der Ausbildung der Lehrerschaft durch die Akademie für Lehrerfortbildung. Die FDP und auch ihr Parlamentarischer Geschäftsführer wissen seit dem 29. März 2022 vom Ergebnis der Anhörung "Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen", die auf Initiative der CSU-Landtagsfraktion als Veranstaltung hier im Plenarsaal stattgefunden hat, mit Ärzten, mit Klinikleitungen, mit Therapeutinnen und Therapeuten, mit dem Verband der Schulpsychologen in Bayern. Die FDP weiß, dass die Sicherstellung der ambulanten Versorgung durch die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns erfolgt – durch die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns! Trotzdem baut die Regierung massiven Druck auf. Es wurden zusätzliche Psychiatrische Institutsambulanzen geschaffen, 37 an der Zahl in den letzten zwei Jahren. Es wurden zusätzliche Sozialpädiatrische Zentren eröffnet, 21 an der Zahl in den letzten drei Jahren. Wir, die CSU-Fraktion, sind in dieser Thematik dauerhaft engagiert und haben unlängst drei Anträge eingebracht. Sie umfassen die Themen "Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen", "Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken, psychiatrische und psychosomatische Versorgung weiter verbessern: Bedarfsplanung

überarbeiten" und schließlich "Eltern und Kinder in psychischen Belastungssituationen unterstützen: Elternkompetenz stärken". Auch damit verhelfen wir der Thematik zu der Aufmerksamkeit, die sie verdient, und schieben konkrete Verbesserungen an.

Damit können wir dartun, dass in einem guten Kooperativ, in einem guten Miteinander der Bayerische Landtag, der Bildungsausschuss, nicht zuletzt auch das Kultusministerium und das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege äußerst intensiv an dem Thema mitwirken und die Sachen anschieben. Aus diesen Gründen gibt es aus unserer Sicht am Abschlussbericht des Kultusministeriums und an der Fortentwicklung der Thematik nichts zu monieren.

Das ist verbunden mit dem bereits erwähnten Hinweis, dass uns die Thematik sehr wichtig ist, dass wir an einer Weiterentwicklung interessiert sind und dass der Stellenaufbau fortgesetzt werden muss. Der Ministerpräsident hat bereits vor drei Jahren in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, dass jedes Jahr 100 neue Stellen für die Schulsozialberatung, für Sozialpädagogen und für die Schulpsychologie geschaffen werden. Diese Stellen sind in den Haushalten eingebracht, und sie sind auch im kommenden Haushalt wieder vorhanden. Die Prävention psychischer Krankheiten an der Schule braucht den Schutzschirm des Landtags, und den bekommt sie auch. Sie hat ihn verdient. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Anna Schwamberger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

**Anna Schwamberger (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn deine Welt jede Farbe verliert, wenn sie nur noch grau erscheint, wenn jedes Essen nach nichts schmeckt, wenn du unglaublich müde bist und doch nicht schlafen kannst, wenn deine Gedanken unaufhörlich kreisen und keine Ruhe in

deinem Kopf einkehrt, wenn der Tod freundlicher wirkt als das Leben, dann ist es allerhöchste Zeit, dass du Hilfe bekommst.

Depressionen können jede und jeden von uns treffen. Und doch werden psychische Erkrankungen immer noch abgetan. Betroffene hören immer noch: Stell dich doch nicht so an, lächle doch einmal. – Psychische Erkrankungen werden in unserer Gesellschaft immer noch als persönliche Schwäche ausgelegt und nicht als das gesehen, was sie sind: Erkrankungen, die einer Therapie bedürfen.

Viel zu viele Kinder und Jugendliche waren schon vor der Corona-Pandemie von Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen betroffen. Laut einer Studie der DAK haben die Zahlen der betroffenen Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren während der Pandemie nochmals zugenommen. Diese werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch im Erwachsenenalter mit psychischen Erkrankungen zu kämpfen haben. Wichtig wäre es also, dass die Kinder und Jugendlichen erst gar nicht erkranken bzw. dass wir ihnen so früh wie möglich die Hilfe und Therapie zukommen lassen, die sie so dringend benötigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir als Bildungsausschuss haben die Brisanz des Themas schon vor drei Jahren erkannt, als wir die Petition von Schülerinnen und Schülern mit dem Votum "Würdigung" versehen haben. – Das Ergebnis war aber dann das mit heißer Nadel gestrickte 10-Punkte-Programm Ihres Ministeriums, Herr Minister Piazzolo. Das ist ziemlich dünn und wird der Aufgabe, die Resilienz unserer Kinder und Jugendlichen zu stärken, in keiner Weise gerecht.

Es reicht eben nicht, eine Liste mit Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern aufzuhängen oder auf der Schul-Homepage zu veröffentlichen. Wir brauchen echte Kooperationen und im Ernstfall eine Ansprechperson, mit der die Schülerinnen und Schüler interagieren können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollten das Thema "Psychische Erkrankung" stärker in der Lehramtsausbildung verankern. In meiner Schriftlichen Anfrage verweist Ihr Ministerium auf die LPO I, aber die Inhalte zu den zehn Leistungspunkten enthalten kaum etwas zu psychischen Erkrankungen. Insbesondere wird den Lehrkräften weiterhin nicht vermittelt, wie sich psychische Störungen bei Kindern und Jugendlichen ausprägen, und auch nicht, was Lehrkräfte pädagogisch tun können, um Resilienz im Unterricht zu fördern.

In Ihrer Antwort verweisen Sie weiterhin auf die Präventionsprogramme "Klasse2000" und "Lions-Quest – Erwachsen werden". Sind die empfohlenen Programme denn evidenzbasiert, und wurden sie hinsichtlich ihrer Effektivität und potenziellen Nebenwirkungen wissenschaftlich überprüft? Welche Kriterien muss ein solches Programm überhaupt erfüllen, um vom Kultusministerium empfohlen zu werden? Warum weigern Sie sich denn, Präventionsprogramme verpflichtend einzuführen?

Das Argument, dass solche Programme im Widerspruch zur eigenverantwortlichen Schule stehen, wirkt eher wie eine Ausrede, um eben nicht selbst aktiv werden zu müssen. Sie schieben die komplette Verantwortung einfach in Richtung der Schulen und Lehrkräfte, die dafür nicht ausgebildet sind; obendrein fehlt dafür die Zeit.

Am fragwürdigsten finde ich allerdings die Herangehensweise, psychische Erkrankungen fast ausschließlich über das Fach Religion oder Ethik abzudecken. Wenn man zu Gott gefunden hat, dann wird man im besten Fall nicht krank oder ist geheilt. – Na ja, das halte ich doch für eine steile These. Vielleicht sollten wir lieber auf medizinisch fundierte Kenntnisse und Therapien setzen, statt auf eine wundersame Heilung zu hoffen. Dazu passt das von Ihnen im 10-Punkte-Programm angeführte Werteportal – Zitat aus dem Programm: "Im Bereich der Werte- und Persönlichkeitsbildung wird die Vorbeugung von psychischen Erkrankungen eine zentrale Rolle spielen." – Wie soll man das denn verstehen? Psychisch Erkrankte haben keine Werte und nur einen Mangel an Persönlichkeit? Ich sage: Setzen Sie sich im Ministerium noch einmal hin,

und beschäftigen Sie sich tatsächlich einmal damit, was Auslöser und Möglichkeiten der Therapie von psychischen Erkrankungen sind und wie man auf schulischer Ebene den Erkrankungen vorbeugen kann!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Verständnis für die Betroffenen sehe ich hier nämlich nicht. Wir werden uns mit diesem 10-Punkte-Programm nicht zufriedengeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Tobias Gotthardt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Verehrter Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! – Kollege Fischbach, es ist Ihr gutes Recht und das gute Recht der FDP, nach § 180 Absatz 5 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag eine bereits 2019 eingereichte und behandelte Petition in dieses Plenum hochzuziehen und damit zum Beispiel die Frage zu stellen, wie wir Schulpsychologinnen und -psychologen zu Aufklärungsveranstaltungen an den Schulen anregen. Sie können gerne die Frage wiederholen und stellen, mit welchen Kooperationspartnern wir Infobroschüren an den Schulen erarbeiten. Sie können die Frage stellen und wiederholen, wie oft Online-Lehrpläne von Lehrkräften mit differenzierten Nutzungszahlen je nach Schulart seit 2019 abgerufen worden sind. Sie können auch die Frage stellen und wiederholen, welche Maßnahmen aufgeschlüsselt nach einzelnen Schularten zur Stärkung der Persönlichkeit existieren. – Ja, Sie haben das Recht, all diese Fragen zu stellen. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Bei dem Thema, über das wir heute reden – es geht um psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern –, werde ich diese Fragen nicht stellen und nicht ins Bild rücken.

Mir geht es darum, dass wir uns tatsächlich darum kümmern, jedem einzelnen Kind an unseren Schulen zu helfen, wenn es Probleme hat, wenn es in Schwierigkeiten gerät, wenn es Depressionen verspürt, sich ritzt oder was auch immer. Darum geht es mir. Mein Blick richtet sich nach vorne. Ich will jedem Kind an unseren bayerischen Schulen helfen, wenn es in psychische Notsituationen gerät.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen richtet sich mein Blick auch nach vorne. Mir geht es wie Kollegin Schwamberger: Ich bin mit zehn Punkten auch nicht zufrieden, aber ich kann Ihnen auch sagen, warum: nicht deshalb, weil die zehn Punkte nicht ausreichen, sondern weil wir nie zufrieden sein können, wenn sich auch nur ein Kind an unseren Schulen nicht wohlfühlt. Wir können nicht zufrieden sein, wenn auch nur ein Kind an unseren Schulen gemobbt wird. Wir können nicht zufrieden sein, wenn auch nur ein Kind an unseren Schulen Selbstmordgedanken hat.

Deswegen müssen und werden wir jeden Tag und jede Stunde weiterarbeiten. Ich kann Ihnen eines sagen: Für mich ist dieses Thema ganz klar eines, das mir schlaflose Nächte bereitet. Ich weiß, dass die letzten zwei Jahre unglaublich anstrengend waren und wir eine unglaubliche Zunahme an Problemen in den Schulen erlebt haben.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Deswegen machen wir uns Gedanken. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich schlafe wegen dieser Probleme schlecht. Wir machen uns Gedanken, wir werden das weiterentwickeln und die Angebote ausbauen. Wir werden die Prävention an den Schulen ausbauen, weil wir dafür sorgen müssen, dass ein Kind gar nicht in die Situation kommt, solche psychischen Notlagen zu erleben.

Wir haben in den letzten drei Jahren die Zahl der Schulpsychologinnen und -psychologen verdoppelt. Wir werden sie auch weiter ausbauen, aber all das muss natürlich realistisch passieren. Auch Schulpsychologen fallen nicht vom Himmel. Wir werden ge-

meinsam mit den Kommunen und den Landkreisen die JaS-Stellen weiter ausbauen. Ich sage ein dickes Danke an unsere Kommunen, die uns dabei so tatkräftig unterstützen, um dieses Angebot bieten zu können.

Wir werden gemeinsam mit den Schulen überlegen, wie wir bestehende Angebote besser verzahnen können, weil es wichtig ist, dass sich die Schulpsychologen mit dem Jugendsozialarbeiter an der Stelle und mit dem Beratungslehrer unterhalten und herausfinden, wo die schwierigen Fälle an den Schulen sind und wie sie gemeinsam helfen können. Wir werden viel mehr Raum und Zeit für Ich-Zeit und Wir-Zeit schaffen, damit auch die Kinder wieder am sozialen Lernort Schule ankommen können. Wir werden natürlich weitere niederschwellige Angebote schaffen und ergänzen.

Wir kümmern uns um die Lehrgesundheit und um die Gesundheit der Schulleitungen; auch sie haben in den letzten zwei Jahren unglaublich viel ertragen und leisten müssen. Auch das gehen wir an. Auch daran arbeiten wir. Wir nutzen "gemeinsam.Brücken.bauen", um die Probleme der Kinder aufzugreifen, um uns auch um das soziale Wohl, um die physische und psychische Gesundheit der Kinder zu kümmern. Ich kann versprechen, dass Kultusminister Piazzolo und ich keine einzige Stunde und keine einzige Minute ruhen werden, sondern aktiv sind, um Angebote an unseren Schulen zu schaffen, um den Kindern zu helfen. Das ist unser Versprechen, das ich hier in dieser Corona-Pandemie und an unseren Schulen schon mehrfach gegeben habe: Wir lassen kein Kind an Bayerns Schulen fallen! Das gilt auch und gerade in psychisch schwierigen Situationen. Wir lassen kein Kind fallen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Gotthardt.  
– Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Atzinger von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Oskar Atzinger (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Felix, qui potuit rerum cognoscere causas. – Erfolgreich ist derjenige, der die Ursachen der Dinge erkennen konnte. Psychische Krankheiten und Depressionen waren schon vor Corona ein massives Problem bei Schülern. Aktuelle Studien belegen eine Zunahme psychischer Auffälligkeiten aufgrund von Schulschließungen und Ausgangssperren. Ohne Zweifel müssen die Lehrer für das Thema sensibilisiert werden, doch den Lehrern wird auch ansonsten schon viel abverlangt. Der 10-Punkte-Plan der Staatsregierung ist zwar gut gemeint, bekämpft aber nur die Symptome. Das ist immer noch besser, als – wie in der Politik weit verbreitet – palliativ vorzugehen. Doch besser wäre es, kausal zu therapieren. Laut Aussage des Petenten ist bei Kindern und Jugendlichen die Schule ohne Ausnahme einer der auslösenden Faktoren einer depressiven Erkrankung.

Die Depression ist in der Gesellschaft angekommen. Aber die Gesellschaft ist Grund für die Depression. Fremdbetreuung und ständig wechselnde Bezugspersonen in den ersten drei Jahren sind schädlich für das Kindeswohl. Wurzel des Übels aber ist die antiautoritäre Erziehung.

(Unruhe)

Es werden keine Grenzen markiert, die Sicherheit geben. Das Erwachen ist bitter, wenn die Jugendlichen in einer beinharten Leistungsgesellschaft schlecht vorbereitet aufschlagen.

(Beifall bei der AfD)

Mangelnde Resilienz, das heißt mangelnde psychische Widerstandsfähigkeit, führt dann zu Depressionen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Margit Wild für die SPD-Fraktion.

**Margit Wild (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner war peinlich. Das war wirklich peinlich. Mehr kann man dazu gar nicht sagen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der FREI-EN WÄHLER)

Ich möchte jetzt wieder zur Sachlichkeit und zur Fachlichkeit zurückkommen. Wir haben 70.000 Kinder und Jugendliche in Bayern, die sich in ambulanter psychotherapeutischer oder psychiatrischer Behandlung befinden. Weitere 1.300 Kinder und Jugendliche befinden sich in stationärer oder teilstationärer Behandlung.

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, das sind die Kinder, deren Probleme, deren Sorgen erkannt wurden oder werden, die einen Therapieplatz bekommen und denen geholfen werden kann.

Als der Film "Grau ist keine Farbe" gedreht und die Petition von Luca Zug im Bildungsausschuss behandelt wurde, schrieben wir das Jahr 2019. Seitdem ist die Welt noch ein Stück komplizierter, verwirrender und verunsichernder geworden. Kurz gesagt: Die Herausforderungen für die eigene Psyche und speziell die von Kindern und Jugendlichen haben zugenommen.

Diese Herausforderungen – das ist mir schon klar – können wir nicht komplett nehmen. Aber wir müssen ein Netz aus Prävention und Hilfe knüpfen, das auch trägt.

(Beifall bei der SPD)

Wer sich aktuell mit Psychologinnen, mit Lehrkräften, mit Eltern und mit Jugendlichen unterhält und zuhört, der stellt fest: Aktuell trägt dieses Netz nicht. Suizidversuche haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Das ist statistisch belegt, das ist keine bloße Behauptung von mir.

(Oskar Atzinger (AfD): Vor allem wegen Corona!)

– Hören Sie zu, dann können Sie noch etwas lernen!

Schulen kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Schülerinnen und Schüler mit psychischen Erkrankungen, insbesondere mit Depressionen, werden im Schulalltag mehr oder weniger auffällig. Es ist auch nicht immer leicht, Depressionen zu erkennen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Lehrkräfte um die Erscheinungsformen von psychischen Erkrankungen wissen. Sie müssen nicht therapieren, sie müssen aber Bescheid wissen, sodass sie möglichst früh die notwendige Hilfe und Unterstützung initiieren können. Da ist vor allem das Zusammenspiel von Schulen mit externen Versorgungsmöglichkeiten enorm wichtig.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem diese Petition von Luca Zug im Bildungsausschuss behandelt worden ist, hat die Staatsregierung den 10-Punkte-Plan vorgestellt, und es sind drei Berichte des Staatsministeriums erschienen, in denen vermeintliche Fortschritte berichtet wurden. Kleine Erfolge mögen mit Sicherheit erreicht worden sein. So schlecht ist der Plan nicht, aber man muss halt auch wissen, dass man Köpfe braucht, dass man Personen braucht, Ansprechpartnerinnen, damit das, was in einem Plan so leicht und schön geschrieben werden kann, auch umgesetzt werden kann.

Man weiß doch ganz genau, dass Schulpsychologinnen – ich habe mich heute Nachmittag noch mit einer unterhalten – überlastet sind und viel zu wenig Zeit haben. Da bekommst du nicht nach zwei Wochen einen Termin, da wartest du länger und länger und länger. Auch auf Plätze in ambulanten oder stationären Settings warten viele Kinder über Monate hinweg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir brauchen also an unseren Schulen endlich flächendeckend und personell gut ausgestattete multiprofessionelle Teams. Wir brauchen deutlich mehr Schulsozialarbeit, wir brauchen mehr Anrechnungstunden für die Schulpsychologinnen und -psychologen. All das haben wir immer in unseren Anträgen gefordert; wir haben an allen Schulen eine Übersicht über innerschulische und außerschulische Hilfsangebote in der Re-

gion gefordert. Wir brauchen an jeder Schule mindestens einen Schulpsychologen mit einem halben Stundendeputat. Die Zusammenarbeit der Schulpsychologen mit den externen Fachpersonen im jeweiligen Schulumfeld muss intensiviert und systematisiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Mit den Universitätskliniken ist ein gemeinsames Konzept zu erstellen, wie die ambulante und stationäre Versorgung noch weiter verbessert werden kann. Die psychische Gesundheit muss in der Lehrkräfteausbildung einen hohen Stellenwert bekommen, und es muss ein breites Angebot an Fortbildungen zur Verfügung stehen.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Frau Wild, Ihre Redezeit ist deutlich überzogen!

**Margit Wild (SPD):** Wir müssen das Thema ernst nehmen, und wir müssen handeln. Lieber Kollege, Populismus ist da, ehrlich gesagt, nicht angezeigt.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke schön.

**Margit Wild (SPD):** Es gibt Konzepte und Ideen; die haben wir, und die müssten wir einfach nur umsetzen.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Wild.

(Beifall bei der SPD)

Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo das Wort.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man muss sich immer die Frage stellen, welches Thema man wann wie behandelt, ob man es wirklich ins Plenum zieht und ob das so sinnvoll ist. Bei den Debatten, bei den Beiträgen, die ich jetzt gerade gehört habe, stellt sich die Frage für mich schon, ob man das so tut. – Gerade nicht!

(Matthias Fischbach (FDP): Gerade nicht!)

Eines der wenigen Privilegien, die man in der Regierung hat, ist, dass die Redezeit nicht unbedingt beschränkt ist, und ich werde mir heute Zeit nehmen – viel Zeit. Ich habe sonst wenig Aufschriebe, diesmal habe ich viele, und wir werden heute auch lange bei diesem Thema bleiben.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das war auch so geplant!)

Ich habe viel über das 10-Punkte-Programm gehört. Das 10-Punkte-Programm ist nicht alles. Das ist nur ein kleiner Teil, aber wir reden immer nur über das. Übrigens gab es das 10-Punkte-Programm schon vor der Behandlung des Themas im Bildungsausschuss, nicht als Reaktion direkt auf die Debatten im Bildungsausschuss, sondern davor, als Reaktion auf die Gespräche auch mit den Petenten, die ich auch persönlich geführt habe.

Das Thema interessiert mich seit mehr als vierzig Jahren, und deshalb habe ich es auch im Ministerium zu einem Thema gemacht, das mir persönlich wichtig ist und bei dem wir auch einiges vorzuweisen haben.

Ich will jetzt nur deutlich machen, damit es auch entsprechend gewürdigt wird, dass der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen im November 2020, ein Jahr nach Einreichung der Petition, attestiert hat, und zwar schriftlich, dass wir in Bayern deutschlandweit die beste schulpsychologische Versorgung haben. Die Fachleute haben das ein Jahr danach festgestellt. Ich sage es noch mal, und ich werde es noch ein paar Mal wiederholen: Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen hat bereits im November 2020 attestiert, dass wir in Bayern deutschlandweit die beste schulpsychologische Versorgung haben.

Nichtsdestoweniger sieht sich die FDP Jahre später genötigt zu sagen: Die Würdigung – ich könnte jetzt sehr lange ausführen, was Würdigung bei der Petition bedeutet – reicht nicht. Die vier Berichte, die wir als Ministerium gebracht haben, der 10-Punkte-

Plan und vieles mehr genügen uns nicht, und wir nehmen das zum Anlass, hier diese Debatte zu führen. – Das können wir auch, und das ist wichtig.

Es ist tatsächlich wichtig. Kinder und Jugendliche, die an Depressionen erkranken – das lässt keinen kalt. Wir alle wissen, wie schlimm diese Krankheit ist, wie die Betroffenen und die Familien leiden. Deshalb ist Prävention eine der Kernaufgaben, die uns angeht und die wir auch gemeinsam erfüllen. Ich persönlich kenne das auch und weiß es. Ich kenne das Thema seit Jahrzehnten. Es ist – das ist sicherlich richtig – gerade während Corona noch mal bedeutender geworden. Uns allen ist bewusst, dass es bedeutender geworden ist. Ich habe viele Gespräche, nicht nur mit Schulpsychologen, sondern auch mit Lehrstuhlinhabern, mit Kinderpsychologen und Psychiatern geführt. Die Zahlen sind gestiegen, übrigens in der gesamten Gesellschaft. Die Resilienz ist gesunken. Das wird uns noch viele, viele Jahre beschäftigen, wie uns Depression beschäftigen wird. Ich kenne das persönlich. Ich weiß, was das heißt. Ich habe vielfach in die Augen geschaut, in Krankenhäusern. Ich weiß, was Trauer bedeutet, was Trostlosigkeit bedeutet, all das.

Deshalb ist so eine Petition wahnsinnig wichtig. 50.000 Leute haben sie unterschrieben. Ich habe mich persönlich mit den beiden Schülern unterhalten. Dann haben wir das 10-Punkte-Programm um diese Petition herum als Verstärkung zu dem gemacht, was wir bisher haben. Wir sind aber nicht stehen geblieben. Das sind auch nicht nur diese zehn Punkte; ich werde sie einzeln durchgehen. Ich werde dann auch ein paar Bemerkungen zu meinem Verständnis von Bildungspolitik machen und dazu, wie man solche Dinge umsetzt und ob es sinnvoll ist, immer alles vorzuschreiben, alles zu messen, im Grunde genommen alles zu kontrollieren, gerade auch bei diesem Thema. Ich bin der Auffassung, dass das nicht immer sinnvoll ist.

Wir haben die Würdigung der Eingabe sehr ernst genommen, auch im Ministerium. Heute sind entsprechend Mitarbeiter da, die sich dieses Themas annehmen, tagtäglich. Wir haben ein Referat im Ministerium, das sich tagtäglich mit dieser Thematik beschäftigt. Wir haben viele Schulpsychologen. Ich frage mich dann immer, ob wir in

einer solchen Debatte all dem gerecht werden. In Beiträgen von vier Minuten – das ist der Situation hier geschuldet – wird dann über Krankheiten wie Depression, über psychische Erkrankungen geredet. Innerhalb von zwei Minuten werden die Bemühungen von Jahren des Ministeriums und von Schulpsychologen einfach niedergemacht. Ich kenne natürlich Parlamentarismus. Wir müssen zuspitzen, wir sind in beginnenden Wahlkämpfen, wir suchen Stimmen; aber die Frage ist immer, ob das dann so angemessen ist.

Wir haben die Petition bewusst gewürdigt. Wir haben uns überlegt und exakt geprüft, wie wir dem Anliegen entsprechen können. Wir haben geprüft, was wir durch das Ministerium in unserem Bereich auf den Weg bringen können. Wir haben aber auch geschaut, was in anderen Bereichen möglich ist. Das ist nicht alles in unserer Zuständigkeit, auch bei der Lehrerbildung nicht. Wir haben Gespräche geführt, wer einbezogen werden soll, und wir haben ausgetestet und überlegt, wo die eigenen Grenzen sind und wo andere Zuständigkeiten sind.

Ich will das an den zehn Punkten deutlich machen. Es wird gesagt, das sei mit heißer Nadel gestrickt. Wir haben beim Maßnahmenpaket ganz bewusst in verschiedenen Bereichen angesetzt, zuerst beim Lehramtsstudium. Ich halte es auch für sehr wichtig, dort anzusetzen. Wir können und wollen als Kultusministerium in der Lehramtsausbildung nicht vorschreiben, was jeder einzelne Professor zu tun hat. Die wissen das; das sind Spezialisten. Wir wollen Möglichkeiten aufzeigen.

Herr Fischbach hat das Thema hochgezogen. Ich will deutlich machen, was an der Uni Erlangen stattfindet. Zahlreiche Seminare gibt es dort, auch das Seminar zu "Schule – Lebensraum zwischen Flow und Belastung". Dort berichten Experten den Studierenden aus der Wissenschaft, aus ihrer Praxis über Depressionen, Stress, Angst, über Cybermobbing. All das findet an der Universität vor Ihrer Haustür statt, Herr Fischbach.

An anderen Universitäten gibt es andere Schwerpunkte. Aber wir machen das ganz bewusst in der Lehrerausbildung. Das heißt aber nicht, dass man nicht noch mehr machen kann. Das kann man tun. Das tun wir auch tagtäglich und führen Gespräche, um das immer zu verbessern. Das ist ein Beispiel.

Jetzt kommen wir zur zweiten Phase unserer Lehrerausbildung. In der Referendarzeit haben wir schon wesentlich mehr, worauf wir zugehen können. Alle angehenden Lehrkräfte – alle ohne Ausnahme –, alle Referendare haben die Möglichkeit, im Rahmen der Seminarbildung das Thema Depression als eigenes Ausbildungsmodul zu belegen. Der Referendar bekommt das auch als Thema. Das ist Teil dieses 10-Punkte-Plans. Das sind ganz konkrete Fallbeispiele. Die sind im Einsatz. Es gibt ein Modulhandbuch. Es gibt Präsentationen dazu, um auf dieses Thema aufmerksam zu machen, achtsam zu sein und professionell damit umzugehen. Das heißt, diejenigen, die bei uns Lehrerin bzw. Lehrer werden, lernen das im zweiten Abschnitt. Die Seminarlehrer werden auch dafür geschult. Man kann immer mehr machen, aber das ist Teil des 10-Punkte-Programms. Kollege Dünkel hat es schon ins Spiel gebracht. Es gibt immer wieder neue Anträge. Wir machen mehr.

Jetzt kommen wir zum dritten Punkt des Programms: professionelle psychologische Beratung. Auch dieses schulpsychologische Beratungsangebot durch die staatlichen Schulberatungsstellen haben wir vereinheitlicht und weiter gestärkt. Es gibt entsprechende Fortbildungsveranstaltungen, Informationsveranstaltungen an allen Schulen; sie laufen übrigens einheitlich ab. Unsere Schulpsychologen multiplizieren das. Ich kann auch noch mal sagen: In den letzten drei Jahren – 2019 ist die Petition eingereicht worden –, 2020 bis 2022, haben wir die Zahl der Anrechnungstunden bei unseren Schulpsychologen verdoppelt – verdoppelt!

(Matthias Fischbach (FDP): Ihre Antwort sagt etwas anderes! 6.500 auf 8.000 ist keine Verdoppelung!)

– Haben Sie die Stunden gezählt oder die Köpfe?

(Matthias Fischbach (FDP): Ja!)

– Wir haben sie in den letzten Jahren verdoppelt; wir können es nachher nachprüfen. Ich kann Ihnen die Zahlen alle nennen. Ich will das nie tun, aber Sie provozieren einen immer dazu, die Zahlen von anderen Bundesländern anzuschauen, in denen die FDP in der Verantwortung ist. Ich will es so deutlich formulieren, weil Sie immer provozieren wollen, Herr Fischbach. Sie haben mit Schulpolitik so ein "wunderbares" Ergebnis in NRW erzielt, wo Sie die Ministerin gestellt haben. Dort sind es wesentlich weniger Stunden bei den Schulpsychologen. Sind wir uns darin einig, dass es dort viel weniger sind als in Bayern? Wir liegen weit über dem Durchschnitt. Ich werde Ihnen nachher die Zahlen gerne noch liefern.

In Nordrhein-Westfalen kommt ein Schulpsychologe auf knapp 6.000 Schüler. Das ist viel, viel weniger als bei uns in Bayern, ungefähr die Hälfte davon. Diese Vergleiche bringen uns aber nicht weiter. Bayern ist mit an der Spitze, und wir werden das weiter ausbauen.

Dann die Lehrpläne. Liebe Frau Kollegin Schwamberger, Sie sagen hier am Rednerpult, hauptsächlich in Religion würde das behandelt.

(Anna Schwamberger (GRÜNE): Ja!)

Das ist so nicht.

(Anna Schwamberger (GRÜNE): Doch! Die Antwort auf die Anfrage aufgeschlüsselt! Wunderbar!)

– Nein. Ich kann Ihnen die Beispiele vorlesen. In allen Fächern kann ich das durchgehen. Wir können gerne die Lehrpläne durchgehen.

(Anna Schwamberger (GRÜNE): Dann zeigen Sie die Antwort aus Ihrem Ministerium!)

– Sie stellen dem Ministerium häufig sehr eingeschränkte Fragen, auf die wir entsprechend antworten. Wenn Sie dann diese eingeschränkten Fragen und die entsprechende Antwort hier bringen,

(Widerspruch der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE) – Unruhe bei der AfD)

um damit das gesamte Thema aufzublättern, ist das sehr dünn. Da würde ich mal empfehlen, sich selber Lehrpläne anzuschauen. Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen. Wir behandeln das Thema schon an der Grundschule, in der ersten und zweiten Klasse, und zwar nicht in Religion, sondern in HSU. Ich nenne Ihnen mal die Themen: "Körper und Gesundheit", "Gefühle und Wohlbefinden", "Lustig, traurig, wütend?", "Umgang mit Wut – Einen Streit friedlich lösen" – das sind die Themen. Ich kann das für die Grundschule weiterführen. Die Themen kommen in HSU in der dritten und vierten Klasse, in Ethik in der dritten und vierten Klasse und in Deutsch in der dritten und vierten Klasse. Das Gleiche gilt für "Ich lass mich nicht provozieren" und ähnliche Dinge. All das hat mit Psychologie, aber auch mit Depression zu tun.

Wir können das durchgehen. In der Mittelschule kommt in der sechsten Klasse die Frage nach Tod und Sterblichkeit als Thema. In der Realschule werden Sozialwesen, Ernährung und Gesundheit behandelt, ebenso in der Wirtschaftsschule. All diese Themen sind in den Lehrplänen.

Das heißt: Selbstverständlich verankern wir diese Themen im Lehrplan. Dort ist es verankert. Trotzdem kommt der Vorwurf, es sei nicht verankert, indem auf die Online-Ebene verwiesen wird. Auch im Gymnasium ist dies übrigens in der Oberstufe in Deutsch verankert, nicht in Religion.

Ich könnte jetzt auch das Infomaterial und die entsprechenden Flyer, die wir haben, aufzählen. Auch unsere Homepage wurde schon genannt. Das alles sind Punkte. Wir haben entsprechende Hilfsangebote. Jede Schule erstellt eine Übersicht über inner-schulische und außerschulische Hilfsangebote auch in diesem Bereich.

Es gibt eine unglaubliche Reichhaltigkeit an Themen und ein breites Angebot, dessen wir uns annehmen. Dies war schon vor 2019, dann zwischen 2019 und der Corona-Zeit der Fall und ist es jetzt wieder. Dazu haben wir die Woche der Gesundheit und der Nachhaltigkeit.

Ich will deutlich machen: Die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, unsere Beratungslehrkräfte, Schulsozialpädagogen und Lehrkräfte leisten tagtäglich ihre Arbeit. Trotzdem stellen sich hier im Parlament einige hin und machen diese Arbeit schlecht. Die Arbeit ist sehr aufreibend; sie ist sehr intensiv. Ich sage noch einmal: Im Vergleich der Bundesländer stehen wir hervorragend da. Das heißt nicht, dass man nicht noch mehr machen kann – das werden wir auch tun. Das ist aber kein Grund, sich hier hinzustellen und die Arbeit der Lehrkräfte und der Schulpsychologen vor Ort schlechtmachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In allen Redebeiträgen außer in denen der Regierungsfractionen ist das Programm "gemeinsam.Brücken.bauen" nicht genannt worden. Ich erinnere daran: Das Programm "gemeinsam.Brücken.bauen" hat zwei Teile. Der eine Teil betrifft das Aufholen von Lernrückständen, der andere Teil – darum geht es – betrifft die sozialen und psychischen Herausforderungen, denen begegnet werden soll. Das Programm insgesamt umfasst 210 Millionen Euro, bis zur Hälfte davon gehen in diesen Bereich. Wir investieren. Die Schulen haben also sehr viele Möglichkeiten, gerade diese Themen aufzunehmen.

Wir sprechen wieder hauptsächlich über Schule. Dies ist auch wichtig und richtig. Wir sind mit dem Thema noch weiter beschäftigt.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

– Gerne am Schluss; ich nehme das gerne mit auf.

Ich habe heute auch gehört, dass Depressionen hauptsächlich aus der Schule kämen. Dies kam auch in einem Wortbeitrag vor. Ich fand das unglaublich. Liebe Kollegen, das Thema Depressionen halte ich für so wichtig, dass wir es auch entsprechend behandeln sollten. Es ist auch klar, dass es die AfD ist, die bei diesem Thema vielleicht die Ernsthaftigkeit vermissen lässt

(Zuruf von der AfD)

und die Behauptung aufstellt, Depressionen würden zum großen Teil durch Schule entstehen. Natürlich geht es dabei um ein gesamtgesellschaftliches Thema; es betrifft die Familie, die Schule, die Arbeitgeber, alle zusammen.

Ich möchte noch etwas einschieben, aber es nicht zu lange behandeln. Herr Fischbach, es ist das gute Recht, etwas zu monieren. Ich habe mir das genau durchgelesen. Darin steht so viel von Zwang, von Pflicht und von Kontrolle. Ich teile Ihnen mein Verständnis mit. Ich versuche seit einigen Jahren, den Schulen mehr Eigenständigkeit und auch mehr Eigenverantwortung zu geben. Wir unterstützen die Schulen, wo wir können. Ich finde es aber interessant, dass das gerade von der FDP kommt, von einer Partei, die die Freiheit im Namen trägt, dass Sie immer messen, kontrollieren und Zwang ausüben wollen. Gerade in der Bildung ist dies schon eine besondere Herangehensweise. Das ist auch sehr erstaunlich.

Da ich mich schon länger mit Bildungspolitik beschäftigt habe, sage ich Ihnen als kleine Randbemerkung: Das, was ich früher in der Bildungspolitik von der FDP mitbekommen habe, waren Gedanken von Ralf Dahrendorf und Hildegard Hamm-Brücher, die übrigens nicht in der FDP geblieben sind. Das waren Gedanken von Liberalität und Freiheit; den Schulen sollten Freiräume gelassen werden. Ich sage ganz deutlich: Das ist auch das Verständnis der FREIEN WÄHLER: Freiräume und mehr Eigenständigkeit. Das wollen wir seit drei, vier Jahren durchsetzen, und das tun wir auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dabei stehen wir mehr in der Tradition eines Ralf Dahrendorf und einer Hildegard Hamm-Brücher. Nichtsdestoweniger ist es Ihr gutes Recht, etwas zu monieren.

Ich will noch etwas deutlich machen und stehe dann auch gerne für Fragen zur Verfügung. Wir setzen bei Präventionsarbeit auf Vielfalt, wir setzen auf Unterstützungsmöglichkeiten, und wir setzen auf Nachhaltigkeit. Ich betone, was Kollege Gotthardt gesagt hat. Das ist ein Thema, das mich auch persönlich seit sehr, sehr vielen Jahren umtreibt. Im Ministerium haben wir dazu sicherlich einiges auf den Weg gebracht und werden noch mehr machen. Wir wissen auch, dass aufgrund von Corona mehr notwendig ist. Wir haben aber entsprechende Programme. Deshalb – das sage ich deutlich – hat mich das eine oder andere, das ich hier gehört habe, persönlich betroffen gemacht, gerade weil mir das Thema am Herzen liegt und weil wir so viel gemacht haben. Dennoch ist dies immer Motivation, noch mehr zu tun. Das werden wir auch tun, und das kündige ich hier auch an.

Viel ist geschehen. Wir haben auch finanziell die Möglichkeit, gerade beim Programm "gemeinsam.Brücken.bauen" einiges zu machen. Ich kann nur wiederholen, was Kollege Gotthardt gesagt hat. Wir wollen an unseren Schulen niemanden alleinlassen. Deshalb danke ich noch einmal allen Lehrkräften für die hohe Sensibilität. Unseren Beratungslehrkräften und unseren Schulpsychologen rufe ich von dieser Stelle aus zu: Sie machen einen tollen Job! Lassen Sie sich durch die eine oder andere Bemerkung, die im Hause gefallen ist, nicht kirre machen. Das, was Sie tun, ist toll. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Staatsminister Prof. Piazzolo. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Matthias Fischbach, FDP-Fraktion, vor.

**Matthias Fischbach (FDP):** Sehr geehrter Herr Staatsminister, zuerst zum Thema Redezeit. Es ist richtig, dass wir uns für dieses Thema mehr Zeit nehmen müssen. Ich

muss aber schon ganz klar sagen: Im Ältestenrat waren es die CSU und die FREIEN WÄHLER – übrigens mit einem Lächeln –, die die von mir beantragte längere Beratungszeit verhindert haben.

Zweiter Punkt sind die Anrechnungsstunden. Sie haben eine Anfrage beantwortet. Zum Stand 1. Oktober 2018 gab es 6.546 Anrechnungsstunden für Schulpsychologen. Eine Anfrage von Anfang Februar dieses Jahres zu diesem Schuljahr konnte nicht beantwortet werden, weil ASV keine Daten liefert. Im letzten Schuljahr war der Stand 8.020 Stunden und somit bei Weitem keine Verdoppelung. Es gab also einen leichten Anstieg, aber keine Verdoppelung.

Dritter Punkt. Sie haben uns gerade vorgeworfen, Verbindlichkeit einzufordern. Es geht um eine Stunde für eine Veranstaltung, die die Schüler gefordert haben, die übrigens alle Fraktionen, auch Ihre Fraktion, beschlossen haben. Sie haben doch den Schülerinnen und Schülern gerade eine ganze Projektwoche vorgeschrieben. Sie haben die Schulen während der Pandemie mit KMS-Schreiben sehr, sehr genau gesteuert. Ich brauche mir nicht den Schuh anzuziehen, dass Sie die freiheitlichere Partei und die Partei mit mehr Eigenverantwortung wären. Ich glaube, hier geht es um eine verbindliche Stunde für eine Veranstaltung. Ich meine, das ist das Mindeste, was man hier auch mit umsetzen könnte.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Es geht nicht nur um die eine Stunde und eine Verbindlichkeit. Es ging um ein Projekt zur Alltagskompetenz. Wir haben nicht jede Stunde des Projekts vorgeschrieben, sondern wir haben gesagt: Wir wollen, dass pro Schulart jeweils eine Woche ein Projekt im Bereich Alltagskompetenz gemacht wird: eine Woche in der Grundschule und eine Woche in den weiterführenden Schulen. Wie die Woche gestaltet wird, können die Schulen vor Ort im Rahmen der sechs Handlungsfelder, die es gibt, selbst bestimmen. Sie können übrigens auch über psychologische Fragen reden; sie können auch über Depression

reden. Das ist auch Teil dieses Programms. Das heißt, wir schreiben nicht vor, wie jede Stunde im Einzelnen auszugestalten ist. Daran zeigt sich der Ansatz, dem wir – auch die Fraktion – folgen: Wir lassen Eigenständigkeit nicht nur zu, sondern wünschen sie sogar.

Wenn Sie die KMS durchlesen – ich gehe davon aus, dass Sie das tun, weil Sie an diesen Themen interessiert sind –, dann sehen Sie: Darin gibt es Vorgaben; aber es wird auch sehr viel Freiraum belassen.

KMS heißt "Kultusministerielles Schreiben". Aber nur, weil man etwas schreibt, heißt das nicht unbedingt, dass man etwas vorgibt, sondern man kann darin auch Freiräume belassen. Das ist mein Verständnis von Bildungspolitik. Wir haben Profis draußen – mittlerweile über 100.000, sowohl Lehrkräfte als auch andere Profis –, die ihr Handwerk verstehen. Denen belassen wir die entsprechende Eigenständigkeit. Das ist jedenfalls meine Vorstellung von Bildungspolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Herr Staatsminister Prof. Piazzolo hat 21 statt der vorgesehenen 9 Minuten gesprochen. Das ist, wie Sie wissen, sein gutes Recht laut Geschäftsordnung. Dadurch stehen den Fraktionen weitere Redezeiten zu. Wird davon Gebrauch gemacht? Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Eine Beschlussfassung findet nicht statt. Tagesordnungspunkt 9 ist damit erledigt.

Wie zu Beginn der Sitzung bekannt gegeben, entfällt Tagesordnungspunkt 10.